

DIE LINKE
ParteiVorstand

EINGEGANGEN AM 11. SEP. 2009

DIE LINKE.

Dr. Dietmar Bartsch
Bundesgeschäftsführer

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Zentralrat der Muslime in Deutschland
Vorsitzenden Dr. Ayyub A. Köhler
Steinfelder Gasse 32

Telefon: 030 / 24009 520
Fax: 030 / 24009 310

50670 Köln

bundesgeschaeftsfuehrer@die-linke.de
www.die-linke.de

Berlin, 7. September 2009

Wahlprüfsteine 2009

Sehr geehrte Herr Dr. Köhler,

Sie haben sich mit Schreiben vom 19. August an den Geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN mit der Bitte um Beantwortung der Wahlprüfsteine des Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V. gewandt.

In der Anlage übersende ich Ihnen hiermit die Antworten der Partei DIE LINKE auf diese Wahlprüfsteine.

Freundliche Grüße



Dr. Dietmar Bartsch
Bundesgeschäftsführer

Anlage

Wahlprüfstein DIE LINKE

Zentralrat der Muslime in Deutschland
Steinfelder Gasse 32
50670 Köln

Die Muslime in Deutschland sind unterdessen für die Parteien auch als Wähler interessant geworden. Unser Verband bekommt jetzt häufig Anfragen, welche Partei sie als Muslime wählen sollten. Der ZMD verhält sich dabei politisch neutral. Wir möchten aber den Muslimen Orientierung bieten und verschicken deswegen an die Vorstände der sechs großen im Bundestag vertretenden Parteien Fragen, die für die Muslime und ihre Wahlentscheidung wichtig sind. Wir wollen dann die Antworten der Parteien in einer Übersicht in Form von Wahlprüfsteinen den Muslimen für ihre Wahlentscheidung als Orientierungshilfe zur Verfügung stellen.

I. Fragen zur Entwicklung des Islam in Deutschland

1. Setzt sich Ihre Partei für den zügigen Aufbau von Islamischen Lehrstühlen an deutschen Hochschulen insbesondere zur Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern ein?

DIE LINKE setzt sich für die Religionsfreiheit aller in Deutschland lebenden Menschen ein. Jeglicher Glauben und Nichtglauben ist als Privatsache gleichermaßen zu respektieren. Wir sind zugleich für eine strikte Trennung von Religion und Staat, der sich gegenüber allen Religionen neutral zu verhalten hat.

Staatliche Aufgabe ist es, in den Schulen Werte und Normen des Zusammenlebens in einer offenen, demokratischen Gesellschaft zu vermitteln. Dazu gehört auch, über unterschiedliche Kulturen und Religionen aufzuklären und für ihre Gleichberechtigung im Rahmen der Gesetze einzutreten. Dies soll nach unserer Auffassung in einem für alle Schülerinnen und Schüler verbindlichen Ethikunterricht geschehen, in dem gemeinsam über ethische Normen und Werte – religiöse wie nicht-religiöse – diskutiert werden kann. Ein konfessioneller Religionsunterricht an Schulen soll darüber hinaus als Wahlfach angeboten werden, wobei keine Glaubensrichtung bevorzugt oder benachteiligt werden darf.

Da es dem Staat nicht gleichgültig sein kann, was an den Schulen gelehrt wird, treten wir für anerkannte Studiengänge nicht nur für Rabbiner und Theologen, sondern auch für die Ausbildung von Imamen und die Einrichtung entsprechender Lehrstühle an den Hochschulen zur Aus- und Fortbildung der muslimischen Religions-Lehrerinnen und Lehrer ein.

2. Unterstützt Ihre Partei gleichermaßen die Errichtung von eigenen Bildungseinrichtungen der Muslime'?

DIE LINKE respektiert die gesellschaftliche Verankerung von Religionen. Soweit diese soziale und kulturelle Aufgaben übernehmen, soll dies im Rahmen der Gesetze bei vergleichbaren Sachverhalten allen Religionen gleichberechtigt möglich sein.

3. Befürwortet Ihre Partei den Bau von Moscheen auch in deutschen Innenstädten?

Selbstverständlich sollen Muslime dort, wo sie leben – und dies ist häufig in den Innenstädten –, Moscheen errichten und besuchen können, wenn sie dies möchten. Natürlich müssen dabei auch städtebauliche und rechtliche Aspekte berücksichtigt werden. Diese dürfen jedoch nicht als Vorwand dafür dienen, Moscheen in die Hinterhöfe verbannen zu wollen. Gläubigen Muslimen steht als Teil unserer Gesellschaft eine angemessene öffentliche Präsenz zu.

II. Fragen zur Islampolitik

1. Hat Ihre Partei ein eigenes Konzept für eine in sich schlüssige Islampolitik?

DIE LINKE ist eine pluralistische Partei, und zum Umgang mit dem Islam – bzw. vielmehr: mit den Religionen – gibt es im Detail unterschiedliche Auffassungen. Gemeinsame Überzeugung der LINKEN ist es jedoch, dass der Islam im Rahmen des säkularen Rechtsstaats nicht gegenüber anderen Religionen benachteiligt werden darf. Diese religiöse Neutralität des Staates gilt es unter den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft zu wahren.

2. Sollte sich der Staat in Bund und Ländern seine muslimischen Ansprechpartner selbst zusammenstellen oder soll er mit dem legitimierten Koordinationsrat der Muslime (KRM), der bis zu 85 Prozent der Islamischen Gemeinden in Deutschland vertritt (eine andere Spitzenvertretung gibt es nicht), verhandeln?

Die Frage nach „muslimischen Ansprechpartnern“ ist angesichts der Dezentralität und Pluralität der islamischen Religion eine objektiv schwierige. Der Koordinationsrat der Muslime ist ohne Zweifel ein wichtiger und zentraler Ansprechpartner, soweit es die organisierten Muslime betrifft. Allerdings, dies hat die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ erbracht, sind nur etwa 20% aller Muslime in Deutschland in religiösen Vereinen und Gemeinden organisiert, und nur etwa 25% fühlen sich ohne Einschränkung von den auf der Islamkonferenz vertretenen Verbänden repräsentiert (dass sich auch nicht alle Christinnen und Christen von den Kirchen vertreten fühlen, sei hier nur angemerkt).

Die Frage, wer auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene „muslimischer Gesprächspartner“ sein sollte, muss unseres Erachtens immer danach entschieden werden, über was konkret gesprochen und worüber verhandelt werden soll.

3. Bevorzugt oder privilegiert Ihre Partei einen der vier im KRM vertretenden Verbände?

Nein. Generell begrüßen wir es jedoch, wenn sich religiöse Verbände, die in Deutschland beheimatet sind und für hier lebende Muslime agieren, nicht vorrangig über die (ehemaligen) Herkunftsländer der Betroffenen definieren – diese Bindungen werden ohnehin von Generation zu Generation schwächer werden. Ein säkulares Staats- und Gesellschaftsverständnis sollte von allen religiösen Verbänden geteilt werden.

4. Sind Sie angesichts der Meinungsumfragen, der Ausschreitungen gegen Muslime und ihre Einrichtungen und nicht zuletzt nach dem Islamfeindlich begründeten Mord an einer Muslima In Dresden der Ansicht, dass die Islamfeindlichkeit bzw. Islamphobie in die politische Agenda der neuen Bundesregierung aufgenommen werden soll?

In der Tat ist DIE LINKE der Auffassung, dass sich eine neue Bundesregierung – aber nicht nur die – verstärkt um die Islamphobie in Deutschland kümmern und entsprechend handeln muss. Vor allem nach dem 11. September 2001 haben Pauschalisierungen und misstrauische Einstellungen gegenüber Muslimen zugenommen. Die Politik der Bundesregierung hat hierzu ihren Teil beigetragen: Immer wieder wird von Muslimen ein öffentliches Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung abverlangt – und im Gegenzug suggeriert, dass von ihnen eine besondere Gefahr ausginge. Medienwirksame Debatten um Zwangsverheiratungen, „Ehrenmorde“, Kopftuchträgerinnen usw. werden häufig so geführt, dass sich ein völlig verzerrtes und pauschales Negativ-Bild des Islam in der Öffentlichkeit verfestigt hat. Der Islam wird regelmäßig mit Rückständigkeit, Unterdrückung und Gewalt assoziiert – mit dem konkreten Leben der allermeisten Muslime in Deutschland hat dies nur wenig gemein.

III. Fragen zur Diskriminierung

1. Was tut Ihre Partei gegen die Diskriminierung von Muslimen In Gesellschaft und Beruf?

DIE LINKE wirbt für eine Wahrnehmung von Muslimen ohne Angst und ohne Vorurteile und tritt für gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen ein. Wir fordern eine konsequente Anti-Diskriminierungsgesetzgebung und -praxis, ohne Ausnahmeregelungen (etwa bei der Wohnungsvergabe) und für ein effektives Verbandsklagerecht. Wir haben gegen das Einbürgerungsverfahren in Baden-Württemberg protestiert, das Muslime ganz offen diskriminiert, indem sie systematisiert einer gesonderten Befragung hinsichtlich ihrer „Verfassungstreue“ unterworfen werden. Mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit für alle wollen wir rassistischen Sündenbock-Strategien nachhaltig die Grundlagen entziehen.

2. Was tut Ihre Partei gegen die Diskriminierung Insbesondere der Kopftuch tragenden Musliminnen In Gesellschaft und Beruf (auch im öffentlichen Dienst)?

Für DIE LINKE ist ein Kopftuchverbot kein geeignetes Mittel, um gegen islamistische Tendenzen oder gegen die Unterdrückung von Frauen vorzugehen. Zu vielfältig sind die individuellen Gründe für das Tragen eines Kopftuches, und wie Studien belegen geschieht dies in den allermeisten Fällen eben nicht aus Zwang. Viele Trägerinnen eines Kopftuches sind kluge, selbständige Frauen. Falsch und einseitig ist die verbreitete Interpretation des Kopftuchs als ein Symbol der Rückständigkeit und Unfreiheit. Wir werben dafür, Menschen nicht nach Äußerlichkeiten zu beurteilen und kulturelle Besonderheiten zu respektieren – selbstverständlich nur im Rahmen der geltenden Gesetze. Nichts anderes kann in Bezug auf das Kopftuch gelten.

3. Könnte das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst auch ein Signal für die Diskriminierung Kopftuch tragender Muslimas In anderen Bereichen der

Wirtschaft und Gesellschaft sein?

Ein Verbot des Kopftuchs im öffentlichen Dienst ist – wenn nicht alle sichtbaren religiösen Symbole gleich behandelt werden – aus unserer Sicht verfassungswidrig. Zudem ist damit ein denkbar schlechtes Signal an die Mehrheitsgesellschaft verbunden, weil die Diskriminierung von Muslimen so als gerechtfertigt erscheint. In Berlin wurde aus diesem Grunde eine nicht-diskriminierende Regelung geschaffen, die für alle religiösen Symbole gleichermaßen und auch nur in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes gilt. Die Berliner LINKE hatte sich – vergeblich – für einen noch offeneren Umgang mit Kopftuchträgerinnen im öffentlichen Dienst eingesetzt.

IV. Fragen zur DIK

1. Ist Ihre Partei für Fortführung der Deutschen Islamkonferenz (DIK)?

Nein, jedenfalls nicht in dieser Form. Positiv an der Deutschen Islamkonferenz (DIK) war die symbolische Botschaft an die Mehrheitsgesellschaft, dass der Islam ein unwiderruflicher Teil Deutschlands ist. Auch war es überfällig, dass staatliche Stellen in einen Dialog mit muslimischen Vertreterinnen und Vertretern eintreten.

Konkrete Ergebnisse brachte die DIK jedoch kaum hervor. Dies ist auch damit zu erklären, dass viele religiöse Themen (etwa des religiösen Schulunterrichts) auf der Länderebene angesiedelt sind und konkretere Fragen (etwa des Moscheebaus) nur auf der kommunalen Ebene besprochen und geklärt werden können. So liegt es nahe, dezentrale Verständigungsforen zu finden und diese dann bundesweit zu vernetzen.

Eine aus unserer Sicht negative Wirkung der DIK war es, dass Fragen der Religion nicht immer klar und eindeutig von Fragen der Integration getrennt wurden. Auch die Auswahl mancher Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfestigte diesen Eindruck. So konnte der Eindruck entstehen, bei Migrantinnen und Migranten handele es sich (mehrheitlich) um Muslime – oder auch umgekehrt: der Islam sei ein Integrationshindernis. Themen der Integration sind für DIE LINKE jedoch vor allem Fragen der politischen, sozialen und rechtlichen Gleichstellung sowie einer gerechten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an Bildung und Arbeit – unabhängig von ihrem Glauben oder Nicht-Glauben.

2. Welche Ziele soll die Islamkonferenz verfolgen?

Aus dem oben Gesagten ergibt sich, dass nach unserer Auffassung andere Formen des Dialogs und der Entscheidungsfindung als die Deutsche Islamkonferenz gefunden werden sollten.